



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0866890

P/IV/172 - 1. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Rambouillet</u> Nach dem Treffen de. Gaulle - Adenauer	54
2	<u>Noch keine Ruhe in Südkorea</u> Erste politische Bilanz nach den Wahlen	38
3 - 4	<u>Loskaus Griff nach Skandinavien</u> Chruschtschow will wieder auf Reisen gehen Von * * *	69
5 - 6	<u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u> Aufbauleistungen in deutschen Städten <u>Hof wuchs mit seinen Aufgaben</u> Von Oberbürgermeister Högn	80

* * *
* * *

Rambouillet

Nach dem Treffen de Gaulle - Adenauer

sp - Die vorsichtigen Äußerungen über das Ergebnis des Treffens de Gaulle - Adenauer in Rambouillet deuten an, daß man in Paris und Bonn gleichermaßen darauf bedacht ist, die neuen Europapläne nicht ausschließlich als ein Unternehmen der Achse Bonn - Paris in Erscheinung treten zu lassen. So wird man denn wohl auch bis zu dem bereits angekündigten Besuch des britischen Premierministers Macmillan am 10. August in Bonn mehr oder weniger auf Vermutungen von der wirklichen Geschehen in Rambouillet angewiesen sein.

Unbestritten dürfte jedoch bleiben, daß de Gaulle Frankreichs Führungsrolle in Rahmen einer europäischen Politik von Bonn unterstützt wissen will, daß er aber auch gleichzeitig größter Wert darauf legt, Großbritannien und die skandinavischen Länder nicht zu verprellen. Inwieweit bei diesen Berührungen Bonn oder Paris an der Spitze stand, wird sich erst später herausstellen.

Vom Standpunkt der Bundesrepublik sind gewiß alle Maßnahmen zu begrüßen, die eine stärkere Koordination der einzelnen europäischen Aktivitäten zum Ziele haben. Entscheidend für die Wirksamkeit eines solchen Vorhabens jedoch wird sein, ob die nicht zum "Europa der Sechs" gehörenden Länder ihre eigenen europäischen Aktivitäten auf die Pläne von Paris und Bonn bestimmen können oder wollen. An diesem Punkt wird sich auch zeigen, ob in den Vereinigten Staaten Verständnis für die von de Gaulle und Adenauer jetzt angedeutete Marschroute zu finden sein wird.

Unabhängig von all' diesen Erwägungen sei jedoch darauf hingewiesen, daß die Bonner und Pariser Aktivität für "Europa" zu einem Zeitpunkt öffentlich in Erscheinung tritt, da sich die Parlamente der Bundesrepublik und Frankreichs in Ferien befinden. Der ganze Vorgang erhält dadurch den Aspekt einer gewissen Selbstherrlichkeit der agierenden Personen, um nicht zu sagen, den Anschein des Versuchs einer Ausschaltung der Volksvertretungen. Es könnte sein, daß sie Abgeordneten nach den Parlamentsferien vor vollendete Tatsachen gestellt werden, zu denen sie wieder einmal nur "Ja" oder "Nein" zu sagen hätten.

Gewiß, auch eine demokratisch gewählte Regierung hat unter bestimmten Voraussetzungen die Aufgabe, politische Entscheidungen in eigener Verantwortung vorzubereiten. Aber daß nicht einmal die wichtigsten Ausschüsse der Parlamente beider Länder konsultiert werden, ist bedenklich.

Mit unumwundener Freude konstatieren wir, daß de Gaulle gleich zu Beginn seiner Besprechungen mit Adenauer Frankreichs Willen manifestiert hat, in der Berlinfrage festzukleben. Darüber hinaus gibt es aber einige Probleme, die im Zusammenhang mit der Aktivierung der europäischen Politik gesehen werden müssen. Das eine ist das Problem der europäischen Sicherheit, das andere die Frage der deutschen Wiedervereinigung. Will man jetzt das "Europa der Sechs" zur Kern einer Koexistenz-Politik auf der Grundlage des gespaltenen Europa machen und damit die Wiedervereinigung zunächst einmal abschreiben, oder will man ein aktiviertes West-Europa in die visionäre Formel de Gaulles von der kooperativen Existenz ganz Europas einfügen?

Da keine dieser Fragen nach dem Treffen von Rambouillet auch nur andeutungsweise beantwortet wurde, scheint es uns notwendiger denn je, die verantwortlichen parlamentarischen Körperschaften über das zu unterrichten, was die Regierung tatsächlich vorhat. Erst nach einer solchen Unterrichtung wird es möglich sein, die von de Gaulle und Adenauer besprochenen Pläne zu werten.

Noch keine Ruhe in Südkorea

E.D. - Bei den ersten Wahlen nach dem Sturz des einstigen "starken Mannes" Südkoreas, Syngman Rhee, haben die Demokraten einen großen Erfolg erzielen können. Ihre Partei, die zu Zeiten des alten Regimes mehr oder minder in Opposition stand, konnte in der Nationalversammlung 168 der vorhandenen 233 Sitze erringen. Die einstige Partei des gestürzten Staatspräsidenten, die Liberalen, brachte nur einen offiziellen Kandidaten durch.

Die in mehreren Zeitungen des In- und Auslandes publizierten Meldungen von einer "vernichtenden Niederlage der Sozialisten" sind insofern absurd, als die sozialistischen Gruppen früher verboten waren und sich nie an einer der "Syngman Rhee"-Wahlen beteiligt haben. Daß sie immertier vier Kandidaten in der neuen Nationalversammlung stellen, ist ein Erfolg, wenn man die kurze Zeit bedenkt, die zwischen der Bildung sozialistischer Gruppen und der Wahl lag.

Es wäre sehr irrig, nun anzunehmen, mit dieser Wahl habe sich das politische Leben Südkoreas unglücklich normalisiert. Die Unruhen, von denen die Wahlen begleitet waren, die terroristischen Umtriebe von Anhängern Syngman Rhees und nicht zuletzt die Machtkämpfe innerhalb der siegreichen Demokratischen Partei sind kein gutes Omen für eine friedliche Zukunft Südkoreas.

Der Führer der Demokraten, der einstige Botschafter Südkoreas in Washington, John M. Chang, sieht sich zur Zeit einer starken innerparteilichen Opposition gegenüber, die ihm das Amt des Ministerpräsidenten streitig machen will. Ohne Zweifel ist Chang ein fähiger Mann, der nicht nur das Wohlwollen der USA, sondern auch bei einer Reihe asiatischer Staaten Vertrauen und Respekt besitzt. Es wäre mehr als tragisch, würde Südkorea, wenige Monate nach seiner Befreiung von Syngman Rhee das Bild eines von Parteihader und Machtkämpfen zerrissenen Staatswesens bieten, wo es doch an der Zeit wäre, die Trümmer der Diktatur Rhees zu beseitigen und ein demokratisches Fundament aufzubauen.

Die Kommunisten in Nordkorea und ihre Agenten im Süden der Halbinsel werden natürlich mit doppelter Aufmerksamkeit die nächsten Entwicklungen beobachten, immer bereit, die Schwächen und wunden Punkte Südkoreas zu ihren Gunsten auszunutzen. Aber auch das andere Extrem, die Clique um Syngman Rhee, wird alles tun, um ihre "Unersetzlichkeit" nachzuweisen. Denn noch immer gibt es starke Gruppen, die früher Rhee hörig, auch heute an den Schalthebeln der Macht im Lande sitzen. Die Proteste der Studenten und anderer Kreise gegen diese Personen sind gerechtfertigt.

Moskaus Griff nach Skandinavien

Von * * *

Was der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Nikoizew vor einigen Wochen in Oslo zu verstehen gab, ist jetzt auch durch Äußerungen der russischen diplomatischen Vertretungen in Kopenhagen, Stockholm und Helsinki erhärtet worden: Der sowjetische Parteichef Chruschtschow möchte im Spätsommer eine Skandinavienreise durchführen, jene Reise, die er bereits im August letzten Jahres geplant hatte.

Noch ist das Feuzichen auf der diplomatischen Ebene um den geeigneten Termin nicht abgeschlossen. Besonders die Norweger und Dänen legen keinen besonderen Wert darauf, eine Plattform für die propagandistische Bösartigkeiten Chruschtschows zu bieten. Hinzu kommt, dass die Zeit vor dem 18. September für Schweden ungeeignet ist, weil dort an diesem Tage Parlamentswahlen stattfinden. Das gleiche gilt für die zweite Novemberhälfte für Dänemark, dort soll um diese Zeit voraussichtlich der Folketing neu gewählt werden.

Sowjetparole: "Die Ostsee ein Friedensmeer"

Zweifellos steuern die Sowjets erneut auf die Parole: "Die Ostsee ein Friedensmeer" zu, die sie ja schon seit langem durch diplomatische Ersolge und möglicherweise sogar besondere Vertragskonstruktionen zu untermauern versuchen. Die Äußerungen von Nikoizew in Oslo und von Repeski, dem polnischen Ausserminister im Juni in Kopenhagen, und schließlich auch der SED-Funktionäre auf der Restocker Ostseewoche deuten darauf hin, indes, vor dem Hintergrund der grossen politischen Entwicklung wird man, falls Chruschtschow nun nach Skandinavien kommt, ihm die Realität dieses Friedensmeeres vor Augen führen.

Man weiss in Stockholm, Kopenhagen und Oslo um die Festungskette, die von Leningrad bis vor die Tore Eibecks in den letzten 15 Jahren (in der letzten Zeit durch die Organe des Larsenaer Paktes besonders forciert) entstanden ist. Landstützpunkte, See Festungen und Grossbasen für Flugzeuge reihen sich aneinander. Ortsfeste Raketenabwehrrampen werden durch bewegliche Basen ersetzt. Die sowjetischen Stützpunkte entlang der Ostseeküste sind so ausgerüstet, dass sie sich in einem stummen Kampffeld bewegen können.

Aber auch auf der anderen Seite des Libernen Vorhanges im freien Westen ist die Gewe nicht mehr ein Meer ohne Raffen. Die forcierte Aufrüstung im Osten hat eine Vermehrung der Streitkräfte der Nato-Gruppe

1. August 1960

Norwegen und Dänemark mit Schleswig-Holstein sowie Schwedens auch sich gezogen. Kopenhagen und Oslo werden durch Nike-Batterien geschützt, die wir vermutlich auch bald in Schleswig-Holstein sehen werden. Die See- und Luftkräfte sind mit amerikanischer Hilfe im schnellen Aufbau.

Immer wieder Polaris-Raketen

Es muss aber darauf hingewiesen werden, und das wird vom Christen auch zu verstehen geben, dass diese Streitkräfte der Westgruppe in der Ostsee defensiv sind und keine Mittelstreckenraketen etwa von Typ Polaris besitzen. Wenn allerdings die Bundesrepublik sich an der Aufnahme dieser Atomkopf tragenden Angriffsrakete entschließen sollte, würde das Gleichgewicht in der Ostsee gestört und den Sowjets neue Impulse für die an ablichen Aggressionen im Ostseegebiet geliefert. Man sollte nicht vergessen, dass Dänemark und Norwegen nicht einmal bereit sind, auf ihrem Territorium die Sprengköpfe dieser Art für Luftabwehrkräften zu lagern, während die Bundesrepublik das ja unter amerikanischer Kontrolle bereits gestattet.

Verstärkter Druck auf Schweden und Finnland

Darüber hinaus würden in die Problematik einer Stationierung von Mittelstreckenraketen auch Schweden und Finnland in Zusammenhang mit realen sowjetischen Reaktionen dazu einbezogen werden. Die Stationierung von atomaren Mittelstreckenangriffsraketen bedeutet zu dem die Hinanziehung amerikanischer Militäreinheiten, ähnlich jener, die der Kiler Regierungschef von Hasel (CDU) kürzlich für Schleswig-Holstein im Form der "Landeraketen" eines amerikanischen Marinekommandos forderte. Das könnte dazu führen, dass die Sowjets ihren Druck auf Finnland verstärken und von ihren finnischen Verbündeten neue weit östlich und vor den Toren Schwedens gelegene Stützpunkte und Basen fordern.

Bis jetzt haben Dänemark und Norwegen die atomaren Sprengkörper auch deshalb abgelehnt, um Schweden die Möglichkeit zu geben, den Finnen den Rücken vor sowjetischen militärischen Druck freizuhalten. Die Stationierung von Polaris-Raketen in Nordsee der Bundesrepublik würde also nicht nur Christen bei sei am Skandinavienbesuch im Herbst neue Propaganda- und Themen liefern, sie würde auch das vorsichtige außenpolitische Gleichgewicht im Ostseeraum mit dem darin für Finnland gewährten Schutz erheblich stören.

Hof wuchs mit seinen Aufgaben

Von Oberbürgermeister Hans Högn

Die Stadt Hof, unmittelbar an der Zonengrenze gelegen, wurde im Jahre 1945 vor besonders schwierige Probleme gestellt. Sie verlor wirtschaftlich ihre Bezugs- und Absatzgebiete in Thüringen, Sachsen und Nordböhmen und mußte sich nach dem Westen und Süden neu orientieren. Verkehrsmäßig war Hof zur Endstation geworden. Die Bahn- und Straßenverbindungen nach Norden und Osten wurden praktisch abgeschnitten, 2 1/2 Millionen Menschen wurden als Vertriebene durch diese Stadt geschleust und fanden in dem im Stadtgebiet gelegenen Lager Moschendorf die erste Betreuung.

Es blieb nicht lange Zeit zur Überlegung. Die Not, die sich auf allen Gebieten breitmachte, zwang dazu, alle Kräfte einzusetzen, um die aufgetretenen Schwierigkeiten und Härnisse zu überwinden. Die um rund 35 000 Heimatvertriebene vermehrte Bevölkerung erheischte rasche Entschlüsse und wohlgedachte Maßnahmen.

Zuerst mußten die Kriegszerstörungen nach und nach beseitigt werden. Von den fünf zerstörten Brücken konnten schon bis zum Jahre 1950 vier wiederhergestellt werden. Jahr um Jahr wurde das Höchstmögliche angestrebt, was finanziell verkraftet werden konnte. Von 1948 bis 1959 konnten 5 600 Neubauwohnungen erstellt werden. Dazu kamen die Straßen- und Kanalbauten, die Versorgungsleitungen und Verkehrsverbindungen, die nun einzeln für jedes Wohngebiet notwendig sind. Diese Leistungen konnten im Jahre 1948 nicht im entferntesten erhofft werden. Dabei sind wir noch lange nicht am Ende.

Gleichzeitig mit dem Wohnungsbau haben wir die Schulraumnot zu beseitigen versucht. Nach Errichtung von drei Holzschulhäusern gingen wir an den Bau einer modernen Volksschule, die im Jahre 1955 mit einem Kostenaufwand von 1,6 Millionen DM fertiggestellt wurde. Zwei Jahre später begannen wir mit dem Bau eines neuen Berufschulgebäudes, das in einigen Wochen seiner Bestimmung übergeben werden kann. Kostenaufwand: 2,8 Millionen DM. Ein neuer Schulpavillon kam dem Vorkort Moschendorf zu gute.

An großen Baumaßnahmen konnten in letzten Jahrzehnt durchgeführt werden:

ein neuzzeitliches Hallenschwimmbad (1,2 Millionen DM),

die Erweiterung des Stadtkrankenhauses durch den Anbau von zwei Seitenflügeln auf 550 Betten (1,7 Millionen DM),

die Errichtung eines Schwesterrheimes zu diesem Stadtkrankenhaus,

die Neugestaltung des Städtebundtheaters,

bauliche Veränderungen an und im Rathaus,

die Erweiterung der Wasserversorgung durch Erschließung des 16 km entfernten Kornbarggebietes (4,5 Millionen DM),

der stapfenweise Ausbau der Vollkanalisation mit Regulierungen der Saale (bisheriger Aufwand: 2,6 Millionen DM),

der Bau der Nord-Süd-Durchgangsstraße (Ernst-Reuter-

Straße) mit einem großen Entleerwerk,

die Baugestaltung des Sommerbades,

Die Errichtung eines Alters- und Pflegeheimes der Hospital-
stiftung (95 Insassen).

Die Stadtwerke, (Elektrizitätswerk, Gaswerk, Wasserwerk und
Verkehrsbetriebe) sowie der Schlacht- und Viehhof wurden dem
Fortschritt der Technik entsprechend laufend ausgebaut.

Kulturell ist Hof zum Strahlungspunkt für das nordost-bayeri-
sche Grenzgebiet geworden. Wir unterhalten ein Städtetheater
und bezeugen ein Symphoniorchester. Beide Institutionen
konnten auf ein beachtliches Niveau gebracht werden. Die Stadt-
chronik wurde mit zwei Bänden, die "Kirchengeschichte" und die "Pau-
geschichte" erweitert.

Für die Berufsaufbildung wurden einige bedeutsame Einrich-
tungen geschaffen: Die Lufthäufige an den Volksschulen, die den aus-
gewählten Schülern und Schülerinnen die mittlere Reife ermöglichen;
wir sind dabei, diese Lufthäufige in eine städtische Mittelschule
zu überführen, die Abendmittelschule, die das gleiche Ziel den
nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen eröffnet, die Berufsauf-
bauschule, die den Berufsschülern den Anschluss an die
technischen Lehranstalten sichern soll.

Diese Ausführungen umfassen nur die großen hervorstechenden
Maßnahmen und Einrichtungen, die nach sorgfältiger Planung und
unermüdetster Arbeit durchgeführt und geschaffen wurden. Daneben
musste die Bestehende erhalten und weiter ausgebaut werden. Das
umfangreiche Aufgabengebiet der Gemeinde wurde nach besten Kräf-
ten und unter weiser Einteilung der zur Verfügung stehenden
Mittel bewahrt. Die öffentliche Fürsorge ist unsere Herzens-
sache. Wir leisten auf diesem Gebiete, was irgendwie möglich
und vertretbar ist. Wir sind nicht kleinlich bei Grenzfällen und
betreuen einen größeren Kreis von Hilfsbedürftigen, als dies in
anderen Städten der Fall ist.

Was vor uns steht, ist nicht kleiner als das, was wir
vollbringen konnten. Wir haben bewiesen, daß wir ohne Scheu
und ohne große Projekte angepackt und zum guten Ende geführt
haben, und wir werden alle Kräfte einsetzen, um an der Größe
der noch vor uns stehenden Aufgaben noch zu wachsen.

+ + +
Verantwortlich: Ginter Markscheffel